



Foto: Frank Schwarz

Glückwunsch Gesine und Klaus

Als in Rostock die Resultate der Wahlen zur Doppelspitze der LINKEN verkündet wurden, war unter den Delegierten Freude und Erleichterung zu spüren. Gesine Lötzsch hat mit 92,8 Prozent ein überragendes Ergebnis erreicht. Wir können mit Recht stolz sein, dass Gesine, die seit nunmehr 16 Jahren unseren Lichtenberger Bezirksverband erfolgreich leitet, mit einem derart überzeugenden Votum der Delegierten gewählt wurde.

Unser herzlicher Glückwunsch gilt natürlich auch Klaus Ernst. Seine 74,9 Prozent sind weit mehr als ein respektables Ergebnis.

Vor beiden steht nun die Aufgabe, gemeinsam mit dem gesamten neu gewählten Parteivorstand das Zusammenwachsen der Partei zu organisieren und ihre Verankerung in der Gesellschaft zu festigen. Darauf haben die Tausende Mitglieder unserer Partei an der Basis und vor allem die über fünf Millionen Menschen, die der LINKEN bei den letzten Bundestagswahlen ihre Stimme gegeben haben, ein Recht. Unsere Forderungen nach Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan, nach flächendeckender Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns und unser Eintreten für eine solidarische Gesundheitspolitik; unser Nein zur

Rente erst ab 67 und zu Hartz IV werden von vielen Menschen im Lande geteilt. Die Zahl derer, die uns dafür auch ihre Stimme geben, nimmt zu.

Die Art und Weise, wie der neue Parteivorstand die Diskussion zum Programm organisiert und leitet, wird mitentscheiden, ob und wie wir dem Anspruch einer sozialistischen, für Frieden, soziale Gerechtigkeit und Solidarität nach innen und außen eintretenden Partei gerecht werden. Das bedeutet auch, um die in unserer Partei bestehenden Unterschiede zu wissen, diese anzuerkennen, andere Mitglieder der Partei und ihre Auffassungen sowie deren Wurzeln kennenlernen zu wollen und ehrlich, offen und respektvoll miteinander umzugehen. Dies zu fördern ist Aufgabe der beiden Parteivorsitzenden, des Parteivorstands, von uns allen.

Lothar Bisky sagte in seiner Abschlussrede in Rostock: „Manche Entwicklungswidersprüche können wir mit quotierten Doppelspitzen doppelt gut bearbeiten ... Offenheit untereinander und die Überzeugung, dass es gut ist, eine sympathische Adresse für Bürgerinnen und Bürger zu sein, daraus lässt sich viel machen.“
Michael Stadler

Warum ich nicht unterschreibe

Von Annegret Gabelin

In Lichtenberg läuft wieder ein Bürgerbegehren. Das verquast formulierte Anliegen trägt den Titel „Keine Kooperation mit Mietpreistreibern“. Im Kern unterstellt es, dass HOWOGE und Genossenschaften Mietpreistreiber seien und das Bezirksamt mit ihnen gemeinsame Sache mache, was umgehend beendet werden solle. Das soll eine obskure Durchschnittsrechnung „beweisen“, die die große Differenziertheit des Wohnungsbestandes auch in Lichtenberg völlig außer Acht lässt.

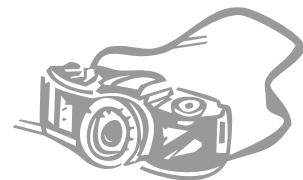
Die Lichtenberger Wohnungsunternehmen halten sich an den Mietspiegel, der zwischen Mieter- und Vermieterorganisationen ausgehandelt wurde. Er ergibt je nach Ausstattung und Lage sehr differenzierte Miethöhen. Die HOWOGE, gegen die sich in besonderem Maße die Vorwürfe richten, hat für die Hälfte ihres Wohnungsbestandes Miethöhen festgesetzt, die den für Hartz-IV-Beziehende festgelegten Grenzen entsprechen.

Sozialpolitisch geradezu abenteuerlich ist, vom Bezirksamt zu verlangen, künftig auf die Förderung sozialer, kultureller und sportlicher Projekte durch Wohnungsunternehmen zu verzichten. Ich bin froh darüber, dass kommunale und genossenschaftliche Vermieter in Lichtenberg Verantwortung für das Gemeinwohl übernehmen. Auch deshalb ist Lichtenberg einer der kinderfreundlichsten Bezirke von Berlin.

Ich empfehle, dieses „Bürger“begehren abzulehnen: Aus sachlichen Gründen und weil hier wohl ein gutes Instrument direkter Demokratie für persönliche Profilierungszwecke missbraucht wird.

In dieser Ausgabe

- Bürgerschloss H'schönhausen (Seite 2)
- Bürgerhaushalt (Seite 2)
- Befragt: Gesine Lötzsch (Seite 3)
- Kita-Plätze werden gebraucht (Seite 4)
- Lenin und die UNO (Seite 5)
- Debatte zum Programm der LINKEN (Seiten 6 und 7)



Ein Kulturhaus für Alt-Hohenschönhausen

Wie ein Dornröschenschloss schien es seit zehn Jahren zu schlafen – das Gutshaus, im Volksmund „Schloss“ genannt, zweitältestes Gebäude in Hohenschönhausen und seit den 90er Jahren vom Verfall bedroht – wenn da nicht der „Förderverein Schloß Hohenschönhausen e.V.“ immer wieder geworben hätte, so mit der Spendenaktion „Steine für das Schloss“. Dank dieser Spenden und der Stiftung Deutsche Klassenlotterie ist jetzt die erste Sanierungsphase abgeschlossen. Strom, Wasser und Heizung funktionieren, das Haus ist nun das ganze Jahr über nutzbar.

Im ersten Stock können in zwei Räumen Veranstaltungen stattfinden und Ausstellungen gezeigt werden. Zwei weitere Räume werden noch in diesem Jahr fertig. Leider ist das repräsentative Erdgeschoss mit seinen historischen Räumen noch nicht nutzbar.

Das Eigentum hat das Land Berlin dem „Förderverein“ übertragen. Allerdings stehen keine weiteren Mittel zur Verfügung, so müssen die Vereinsmitglieder alles ehrenamtlich machen und alle Kosten durch Veranstaltungen und Spenden decken.

Seit diesem Frühjahr ist in dem alten Gemäuer viel los. Als „Bürgerschloss“ soll es eine Begegnungsstätte für Bürger, Wirtschaft und Politik und zugleich ein kulturelles Zentrum für Alt-Hohenschönhausen werden.

Die ersten Veranstaltungen hatten schon Erfolg. Wie der Kulturverantwortliche des Vereins, Rechtsanwalt Burkhard Eschenbach, mitteilt, wird das Zimmertheater Karlshorst hier einmal im Monat auftreten. Mit Horst Bosetzky, dem Krimiautor „-ky-“, organisiert der Verein eine Reihe von Krimilesungen. Mit Hilfe von Harald Kretzschmar wird es regelmäßig Karikaturenausstellungen geben, die erste, von Kretzschmar selber, hängt seit April. Seit 2005 findet der „Salon Schloss Hohenschönhausen“ statt – Gespräche mit verschiedenen Persönlichkeiten, so mit dem Kinderarzt Prof. Dr. Schneeweiß. Es gibt Treffen der „Schlossbabys“ (hier wurden annähernd 11 000 Kinder geboren), ein Sommerfest und Führungen durch Hohenschönhausen. Das Bezirksamt unterstützt den Verein in jeder Hinsicht. So bezieht die Bürgermeisterin das Schloss in ihre Kiezspaziergänge ein.

Lichtenberg ist dank der Initiative eines kleinen Vereins um einen Kulturstandort reicher geworden. Dass dieses großartige Kulturprojekt gelingen möge, wünscht

Inge Junginger

● Wer das „Bürgerschloss“ finanziell unterstützen möchte:

Spendenkonto Schloss Hohenschönhausen, Konto: 2 143 025 630, Berliner Sparkasse, BLZ 100 500 00



Ein Schloss war das Gutshaus nie. Nun soll es mit viel ehrenamtlicher Hilfe zu einem würdigen Ort der Bewahrung des lokalen Gedächtnisses entwickelt werden. Die Chancen dafür stehen gut.

Bürgerhaushalt 2012

Teil 2: „info links“ informiert über die Termine der Stadtteilkonferenzen für den Bürgerhaushalt 2012, damit sich die Bürger gut auf die Beratungen vorbereiten können.

→ Montag, 14.6., 18–20 Uhr

Dörfer/Wartenberg; Wartenberger Hof, Dorfstraße 2, 13059 Berlin

→ Donnerstag, 1.7., 18–20 Uhr

Rummelsburger Bucht; Nachbarschaftshaus Wir e.V., Erich-Müller-Straße 9, 10317 Berlin

→ Donnerstag, 1.7., 18–20 Uhr

Fennpfuhl; Storkower Bogen „Cedio Center“, Franz-Jacob-Straße 2, 10369 Berlin

→ Dienstag, 6.7., 18–20 Uhr

Dörfer/Malchow; Naturschutzstation, Dorfstraße 35, 13051 Berlin

→ Dienstag, 6.7., 18–20 Uhr

Karlshorst; Kulturhaus Karlshorst, Treskowallee 112, 10318 Berlin

→ Mittwoch, 25.8., 18–20 Uhr

Alt-Hohenschönhausen-Nord; FSB e.V., Wartenberger Straße 24, 13053 Berlin

→ Montag, 30.8., 18–20 Uhr

Alt Lichtenberg; Oberschule am Rathaus

→ Mittwoch, 1.9., 18–20 Uhr

Alt Hohenschönhausen-Süd; CSW Berlin e.V., Landsberger Allee 225, 13055 Berlin

→ Montag, 6.9., 18–20 Uhr

Frankfurter Allee Süd; Kiezspinne, Schulze-Boysen-Straße 38, 10365 Berlin

Ausgeladen

Jugendoffiziere der Bundeswehr wollten am 27. Mai in das Hans-und-Hilde-Coppi-Gymnasium in Karlshorst kommen, um Elftklässler über Berufsmöglichkeiten in der Armee zu informieren. Dagegen wandten sich Schüler mit Flugblättern; auch Eltern äußerten sich kritisch. Die Schulleitung folgte daraufhin einem Eilantrag der Schülervertretung, die Veranstaltung so nicht stattfinden zu lassen. Nach Auffassung der Kritiker der Veranstaltung sollten neben Jugendoffizieren auch Friedensorganisationen bzw. -initiativen oder das Bundesamt für den Zivildienst bzw. Träger von Zivildiensteinrichtungen eingeladen werden.

Nach Auffassung der LINKEN sollten Schulen im Einklang mit der Schulgemeinschaft sehr genau prüfen, ob sie „Jugendoffiziere“ überhaupt einladen. Denn Schulen dürfen sich nicht einseitig der Propaganda von Jugendoffizieren und dem Werben für die Bundeswehr öffnen, sondern müssen das staatliche Neutralitätsgebot wahren. -kl-

Es gibt nichts Praktischeres im Leben als ein gutes Programm

Nach ihrer Wahl zur Bundesvorsitzenden der Partei DIE LINKE sprach Peter-Rudolf Zotl für „info links“ mit MdB Dr. Gesine Lötzsch



● „info links“ gratuliert Dir sehr herzlich zu Deiner Wahl als Bundesvorsitzende der LINKEN. Wir wünschen Dir viel Kraft und langen Atem bei dieser anspruchsvollen Herausforderung.

Herzlichen Dank, überhaupt für die vielen Glückwünsche zu meiner Wahl. Darüber habe ich mich wirklich sehr gefreut.

● **Hat Dir Angela Merkel gratuliert? Du bist ja nun mit ihr die zweite Frau an der Spitze einer starken bundesweit agierenden politischen Partei ...**

Nein, aber viel wichtiger war für mich, dass ich sehr viele Glückwünsche von Genossen und Freunden bekommen habe.

● **Wie haben die anderen Parteien reagiert?**

Die ersten Glückwünsche kamen von Guido Westerwelle. Zwischen uns ist der politische Abstand am größten, da musste er keine Befürchtungen haben, dass die Gratulation als Koalitionsangebot falsch verstanden wird.

● **Momentan hat DIE LINKE „starke Ränder“, aber kein starkes Zentrum. Die Programmdebatte ist eine Chance, dieses Missverhältnis aufzulösen. Aber wie?**

Mit 92,8 Prozent der Stimmen wählten die Delegierten auf dem Parteitag in Rostock Gesine Lötzsch zur neuen Parteivorsitzenden. Zusammen mit Klaus Ernst wird sie in den kommenden zwei Jahren DIE LINKE führen.

Wir sind eine starke Partei, die in den letzten zwei Jahren viel erreicht hat. Wir werden noch stärker, wenn wir unsere gemeinsamen Ziele in den Mittelpunkt der Arbeit stellen. Die Programmdiskussion wird dazu beitragen, unsere Ziele noch genauer zu bestimmen. Denn es gibt nichts Praktischeres im Leben als ein gutes Programm. Ich hoffe, dass es uns gelingt, in unserem Programm die Beziehung zum wirklichen Leben immer herzustellen. Ich will kein abgehobenes Programm, sondern eines, bei dem die Menschen Verbindungen zu ihrem eigenen Leben erkennen.

Für mich ist ein wichtiges Kriterium, dass diejenigen, die das Programm lesen, sagen: Ja, so kann ich mir vorstellen, dass unsere Gesellschaft besser wird, wir als Freie und Gleiche in Würde und Solidarität zusammen leben. Ja, so kann ich morgen arbeiten. Ja,

so weiß ich, dass meine Kinder eine gesicherte Zukunft haben. Mein Wunsch ist, dass die Programmdiskussion keine „geschlossene Veranstaltung“ wird, sondern dass wir zum Beispiel Wissenschaftler und Künstler, Erzieherinnen und Busfahrer mit einbeziehen und sie uns sagen, ob sie unser Programm verstehen und was sie von uns und unserem Programm erwarten.

● **Für unser politisches Handeln haben wir schon viele richtige Überschriften. Aber wie wollen wir diese so untersetzen, dass sie zielgenau, machbar, bezahlbar und bündnisfähig werden?**

Wichtig ist immer das konkrete Beispiel. Unsere Bürgermeisterin Christina Emmrich ist zum Beispiel mit dem Thema Bürgerhaushalt in vielen westdeutschen Kommunen unterwegs. Dort trägt sie viele neue Ideen vor – aber jedes Mal kommt sie auch mit neuen Ideen zurück. Im Land Berlin wird gerade ein Konzept Berlin für einen kommunalen Energieversorger auf der Grundlage alternativer Energien entwickelt. Wenn das klappt, können wir zeigen, wie ökologischer Umbau und öffentliche Daseinsvorsorge miteinander verbunden werden.

● **Wie wird es nach Deiner Wahl zur Bundesvorsitzenden mit der Führung unseres Bezirksverbandes – immerhin sowohl von der Mitgliederzahl als auch von den Wahlergebnissen eine der stärksten Kreisorganisationen der LINKEN – weitergehen?**

Ich habe mich in der ersten Sitzung des Bezirksvorstandes nach den Wahlen zum Parteivorsitz mit den Mitgliedern des Vorstandes darüber verständigt, dass wir einen geordneten Übergang organisieren wollen. Meine Stellvertreter sind immer bereit, mir Arbeit abzunehmen. Ich möchte aber auf alle Fälle die Wahlen zur Bezirksverordnetenversammlung und zum Berliner Abgeordnetenhaus inhaltlich und personell verantwortlich vorbereiten.

● **Alle erwarten etwas von Dir, aber was erwartest Du von uns? Wie können wir als Deine Basis Dich bei Deiner neuen Aufgabe als Bundesvorsitzende unterstützen?**

Ich werde sicher in Zukunft noch schärferen Angriffen in den Medien ausgesetzt sein. Da würde ich mich freuen, wenn mich meine Genossen dann fragen, was wirklich Sache ist, und sich nicht verwirren lassen. Aber da sind sie ja sowieso abgehärtet und erfahren.

Ganz wichtig ist, dass wir in Lichtenberg neue Ideen entwickeln, wie wir noch mehr Menschen für die Arbeit in unserer Partei gewinnen können. Diese Ideen würde ich gern in den Parteivorstand mitnehmen.



Kita-Plätze werden gebraucht

Lichtenberg ist ein kinder- und familienfreundlicher Bezirk. Hier werden wieder mehr Kinder geboren, und mehr Familien mit Kindern ziehen in den Bezirk. Die Zahl der Kinder im Kita-Alter steigt – von etwa 12 200 im Jahre 2007 auf gut 13 400 in diesem Jahr und 13 600 im Jahre 2015.

Damit steigt auch die Nachfrage nach Kita-Plätzen; umso mehr, als Kita-Betreuung im Vorschulalter im Land Berlin beitragsfrei wurde und sich die gute Betreuung in Lichtenberger Kitas „herumgesprochen“ hat. Außerdem wurden in diesem Jahr erstmals viele Kinder vom Schulbesuch zurückgestellt; sie werden ein weiteres Jahr in der Kita betreut.

Die Fraktion DIE LINKE hat sich sehr früh für einen Kita-Entwicklungsplan eingesetzt. Planungen des Bezirksamtes liegen nun vor und weisen besonders auf zwei Probleme hin: Die Träger nutzen ihre Platzkapazitäten nicht voll aus, um Gruppenräume als Bewegungsräume, Kreativräume, Musikzimmer oder als Entspannungsbereich zu nutzen. Gravierender aber ist: Es gibt zu wenig geeignete Bewerbungen für freie Stellen. Deshalb können z. B. neue Kita-Gruppen über Wochen oder Monate nicht eröffnet werden. Die Gründe sind vielfältig: rückläufige Ausbildung durch den Berliner Senat, aber auch schlechte Bezahlung, die zur Abwanderung in andere Bundesländer oder in besser bezahlte Tätigkeiten führt.

Die Fraktion der LINKEN hat in der Bezirksversordnetenversammlung Beschlüsse initiiert,



Foto: Joachim Pampel

die den Berliner Senat auffordern, für mehr gut qualifiziertes Personal und dessen angemessene Bezahlung zu sorgen. Wir bestärken das Bezirksamt und insbesondere den Jugendstadtrat Michael Räßler-Wolff (DIE LINKE), Kita-Träger auch weiterhin bei der Suche nach neuen Kita-Räumen und Fördermitteln zu unterstützen. Die jugendpolitische Sprecherin unserer Fraktion, Kerstin Zimmer, beantragte, eine neue Kita mit bezirklichen Investitionsmitteln zu bauen.

Unsere gemeinsamen Bemühungen tragen Früchte: Noch in diesem Jahr eröffnet der Träger „Die Kappe“ eine neue Kita in der Rüdiger-

gerstraße, eine weitere Kita wird in der Dorotheastraße durch den Verein für ambulante Versorgung gegründet. Künftig wird es auch wieder Kinderlachen in weiteren neuen Kitas geben, denn die Planungen laufen auf Hochtouren für die ehemalige Musikschule in der Dolgenseestraße, den Krugwiesenhof in Hohenschönhausen oder auch ein ehemaliges Kinderheim in der Möllendorffstraße. Denn DIE LINKE will auch weiterhin, dass Lichtenberg ein kinder- und familienfreundlicher Bezirk ist. Und dazu gehören Kitaplätze – ohne Wenn und Aber.

AG Jugend der Fraktion DIE LINKE in der BVV

+ kurz gemeldet +++ kurz gemeldet +++ kurz gemeldet +++ kurz gemeldet +

Rainer Bosse wurde 60

Seit 1992 ist er Vorsteher der BVV Lichtenberg und damit heute zugleich „Doyen“ der Berliner BVV-Vorsteher. Seit kurzem ist er auch Vorsitzender des Bürgervereins am Fennpfuhl. Er ist allseits geschätzt für seine ruhige und dabei konsens- und ergebnisorientierte Art, die trotzdem seine politische Überzeugung nie verleugnet. Herzlichen Glückwunsch!

Familienfreundlich

In bezirklichen Einrichtungen der Große-Leege-Straße und Alt Friedrichsfelde können Säuglinge und Kleinkinder künftig gewickelt und gefüttert werden.

Bewerberzahl wächst rapide

Die Linksfraktion in der BVV nimmt noch bis 30. Juni Kopien der Verträge für seit dem 1. September 1985 im Neubaugebiet Hohenschönhausen bezogene und ununterbrochen bewohnte Wohnungen entgegen. Den Einsendern winkt bei etwas Losglück der damalige Betrag für die Grundmiete in Euro.

Spielhallen im Blick

Den zunehmenden Spielhallenbetrieb im Auge behalten will die Linksfraktion in der BVV. Sie fordert vom Bezirksamt u. a. eine Übersicht über Standorte im Bezirk. Zugleich soll sich das Amt beim Senat für eine Verbesserung der Fachaufsicht einsetzen.

Trotz Bau barrierefrei!

Der Regionalbahnhof Hohenschönhausen soll auch während des Brückenbaus für alle zugänglich bleiben. Das beantragte DIE LINKE in der BVV. Initiatorin Kerstin Zimmer: „Zum Beispiel könnten die derzeit zwei Züge, die stündlich in beide Richtungen verkehren, von dem einen ebenerdigen Bahnsteig aus abfahren.“

Offene Sporthallen

Zentral verwaltete Sportanlagen können jetzt – wie von der LINKEN und den Grünen gefordert – ganzjährig genutzt werden. Das beschloss der Senat in Anlehnung an die Praxis unseres Bezirkes.

LINKE vor JobCenter

Für den Wonnemonat Mai war es recht kühl, als LINKEN zu dritt Unterschriften für die Petition zur Abschaffung des Sanktionsparagrafen 31 des SGB II für Hartz-IV-Betroffene sammelten (Foto), doch die positiven Reaktionen der Betroffenen wärmten uns von innen. Die Sanktionen widersprechen dem Recht auf ein würdevolles Leben (Grundgesetz) und dem grundrechtlich garantierten Anspruch eines jeden Menschen auf Existenz-

sicherung und Teilhabe an der Gesellschaft. Sie senken die Geldleistungen unter das Niveau des ohnehin zu niedrigen Existenzminimums von Hartz IV.

DIE LINKE zeigte einmal mehr, dass sie sich um Hartz-IV-Empfänger kümmert, wenn diese Hilfe brauchen und nicht nur vor Wahlen. Die von ihr angebotene Sozialrechtsberatung findet regen Zuspruch. *Bernd Ludewig*

● **Nächste Sozialrechtsberatung:** Donnerstag, 17.6., 17–19 Uhr, Geschäftsstelle der LINKEN, Alfred-Kowalke-Straße 14



Lenin und die UNO

Als im August 2008 Russland der von Georgien angegriffenen Republik Südossetien militärische Hilfe leistete, wurde es vom gesamten Westen des Völkerrechtsbruchs beschuldigt. Aber die am 24. Oktober 1970 von der UNO-Vollversammlung verabschiedete „Prinzipienklärung“ enthält einen Satz über die militärische Hilfe für unterdrückte nationale Minderheiten. Er lautet: „Solche Völker sind, wenn sie ... Gewaltmaßnahmen in Verfolgung der Ausübung ihres Selbstbestimmungsrechts Widerstand leisten, berechtigt, ... Unterstützung zu erbitten und zu erhalten.“

Merkwürdigerweise wird diese „Prinzipienklärung“ in Texten, die das „Völkerrecht“ beschwören, nicht erwähnt. Aber einer „Prinzipienklärung“ der UNO-Vollversammlung die Anerkennung als Bestandteil des Völker-

rechts zu verweigern, wie ich es auch in „linken“ Diskussionen erlebt habe, ist nicht nachvollziehbar. In ihren Grundzügen stimmt die Prinzipienklärung übrigens in verblüffender Weise mit Lenins Position überein. Sollte dies einer der Gründe für ihre Ablehnung sein?

Ihre Quintessenz ist wie bei Lenin die Verhinderung der Unterdrückung nationaler Minderheiten. Als Vorsitzender des Rates der Volkskommissare hatte Lenin sogar die Möglichkeit, seine Prinzipien wenigstens im Ansatz zu realisieren. Es entstand der Begriff Leninsche Nationalitätenpolitik. Zur hohlen Phrase verkam er erst, nachdem sein Nachfolger sich in der Sowjetunion zum Alleinherrscher aufgeschwungen hatte.

Dass Lenin und sein Werk keinerlei Beziehungen zur UNO besäßen, kann man jedenfalls nicht so ohne weiteres behaupten.

Ronald Löttsch

Veranstaltungen

- **Sonnabend, 5.6., 10 Uhr**
„Run for Help“; Stadion Friedrichsfelde, Zachtstraße 50
- **Montag, 7.6., 19.30 Uhr**
„Wie weiter mit der LINKEN?“, öffentliche Veranstaltung mit Dr. Gesine Löttsch, MdB; Nachbarschaftshaus, Am Berl 8–10
- **Sonnabend, 12.6., 14–20 Uhr**
„Wir im Kiez“, interkulturelles Straßenfest; Münsterlandplatz, Infostand DIE LINKE. Lichtenberg
- **Montag, 14.6., 19 Uhr**
„Der Fall Emmely“, Einladung zur Diskussion mit Gesine Löttsch, Benedikt Hopmann (Anwalt von Emmely), Helmut Platow (Verdi-Bundesvorstand) sowie einem Vertreter des Emmely-Solidaritätskomitees; Saal der WBG „Humboldt-Universität“, Warnitzer Straße 13
- **Mittwoch, 16.6., 17 Uhr**
„1. Entwurf für ein Programm der Partei DIE LINKE“, Mitgliederversammlung Fennpfuhl, mit Dr. Bernd Ihme; Anton-Saefkow-Bibliothek, Anton-Saefkow-Platz 14
- **Wochenende 18.–20.6.**
Fest der LINKEN; Kulturbrauerei, Schönhauser Allee 36
- **Mittwoch, 23.6., 15–18 Uhr**
Sommerempfang der LINKEN. Lichtenberg; HOWOGE-Arena „Hans Zoschke“, Ruschestraße 90
- **Donnerstag, 24.6., 17 Uhr**
Tagung der BVV Lichtenberg; Max-Taut-Aula, Fischerstraße 36
- **Freitag, 26.6., 14 Uhr**
20 Jahre SODI; Fritz-Reuter-Oberschule, Prenderer Straße 29

Auf die Straße – 12.6., 12 Uhr, Rotes Rathaus!

DIE LINKE ruft auf teilzunehmen an den bundesweiten Demonstrationen am 12. Juni in Berlin und Stuttgart.

Wir demonstrieren:

- gegen die unsoziale Kopfpauschale
- gegen die Rente erst ab 67 Jahren
- für eine gebührenfreie Bildung von der Kita bis zur Uni
- für handlungsfähige Kommunen
- für die Regulierung der Finanzsysteme und die Vergesellschaftung der Banken
- für Solidarität mit den griechischen Kolleginnen und Kollegen!

Zitzewitz oder doch lieber Karl Marx?

Überlegungen zu unserem Programmentwurf
von Peter-Rudolf Zotl

Alle kennen den legendären Preußenoffizier von Zitzewitz, der – als er sich mit seiner Truppe im Gelände hoffnungslos verirrt hatte – trutzig ausrief: „Die Karte ist richtig, die Gegend ist falsch!“ Ich finde, fatalerweise erinnert der Entwurf unseres Parteiprogramms genau daran.

Der Ausgangspunkt jeder Programmatik muss in der genauen Analyse der konkreten Situation bestehen. War es nicht Karl Marx, der erkannte, dass letztlich das Sein das Bewusstsein prägt, also die Verhältnisse das Verhalten dominieren? Dass die Karte – um im Bild zu bleiben – der Gegend entsprechen muss und nicht umgekehrt? Ich finde, dass „Gegend und Karte“ beim Programmentwurf noch zu sehr auseinanderfallen, denn was da über den Kapitalismus steht, war auch vor 100 oder 50 Jahren gültig. Doch das ist kein Gütesiegel für die Solidität der Aussage, sondern Ausdruck ahistorischer Unschärfe.

Denn vor 100 oder 50 Jahren wurde der Kapitalismus von der maschinellen Großproduktion dominiert, und nur aus dieser hat Marx glänzend und umfassend seine Kapitalismuskritik abgeleitet. Zugleich aber hat Marx die maschinelle Großproduktion immer als eine Entwicklungsphase bezeichnet, und genau die geht zu Ende.

Die automatisierte Großproduktion

Längst sind wir in eine neue Phase eingetreten, die Marx als die „automatisierte Großproduktion“ bezeichnete. Und diese bringt einen fundamentalen Unterschied zu allem Bisherigen mit sich: Bislang musste der Mensch immer direkter Bestandteil des unmittelbaren Produktionsprozesses sein, weil nur in dieser Einheit die Produktion funktionierte – gleich ob mit dem Faustkeil, der Dampfmaschine oder der hochmodernen Produktionsanlage. In der automatisierten Großproduktion jedoch ist diese technologische Verkettung nicht mehr erforderlich, weil sich der unmittelbare Produktionsprozess zunehmend automatisiert vollzieht.

Die Rolle des Menschen in diesem sich selbst regulierenden Produktionsprozess wird – wie Marx vor 130 Jahren formulierte – die des „Wärters, Wächters, Regulators höherer Ordnung“. Und endlich, nachdem er nicht mehr „Anhängsel der Maschine“ sein muss,



Foto: privat

könne er seine Schöpferkraft „entsprechend seinen Fähigkeiten“ umfassend entfalten. Das ist zunächst und grundsätzlich positiv.

Allerdings war Marx der festen Überzeugung, dass ein solcher Entwicklungssprung nur unter kommunistischen Produktionsverhältnissen eintreten könne, weil sich die kapitalistischen Produktionsverhältnisse als Fessel für eine solche Produktivkraftentfaltung erweisen würden. In der Überzeugung von dieser Parallelität zwischen Produktivkraft- und Gesellschaftsentwicklung formulierte er als weitere potenzielle Vorzüge der automatisierten Großproduktion die Aufhebung der Ware-Geld-Beziehung sowie das kommunistische Verteilungsprinzip „Jedem nach seinen Bedürfnissen“.

Bekanntlich hat sich Marx hinsichtlich der Innovationskraft des Kapitalismus ebenso geirrt, wie für ihn nicht vorstellbar war, wie unter Deformierung seiner Erkenntnisse die angeblich sozialistischen Produktionsverhältnisse zum Hemmnis für die moderne Produktivkraftentwicklung werden konnten. Heute ist ohne Überwindung der kapitalistischen Gesellschaft die automatisierte Großproduktion Realität.

Zugespitzter Grundwiderspruch

Auch gegenwärtig bieten die materiell-gegenständlichen Produktivkräfte die Chance, die Bedürfnisse der gesamten Gesellschaft umfassend zu befriedigen und zugleich – hin-

sichtlich seiner bisherigen Rolle in der gesellschaftlichen Produktion – den Menschen „aus dem Reich der Notwendigkeit in das Reich der Freiheit“ entlassen zu können. Doch völlig entgegen allen objektiven Möglichkeiten wird unter den privatkapitalistischen Produktionsverhältnissen diese Freisetzung mit sozialer Deklassierung, mit materieller Verarmung, mit persönlicher Diffamierung, mit individueller Perspektivlosigkeit sowie mit psychologischem Druck gekoppelt. Während also die automatisierte Großproduktion eine große Chance für den Menschen sein könnte, erweist sie sich unter den heutigen Bedingungen als existenzielle Gefahr für ihn.

Die alles entscheidende strategische Frage ist nun, welche gesellschaftsstrategische Konsequenz sich daraus ergibt. Ist der Widerspruch zwischen Produktivkraftentwicklung und Produktionsverhältnissen so verhärtet und unauflösbar, dass nunmehr die Abschaffung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse – vor allem der privatkapitalistischen Ei-

Während die automatisierte Großproduktion eine große Chance für den Menschen sein könnte, erweist sie sich unter den heutigen Bedingungen als existenzielle Gefahr für ihn.

gentumsverhältnisse – auf der Tagesordnung steht? Ist der Zustand erreicht, dass „die da unten“ – wie Lenin einst eine revolutionäre Situation charakterisierte – „nicht mehr wollen und die da oben nicht mehr können“?

Oder geht es für einen überschaubaren, vom Programm erfassten Zeitraum darum, das mögliche breite Bündnis für eine Politik zu schmieden, um die Fortschrittspotenziale, die sich aus der modernen Produktivkraftentwicklung (und auch den sie nach wie vor fördernden momentanen Eigentumsverhältnissen) ergeben, zu erschließen und deren Missbrauch zu bändigen?

Doch was machen wir? Wir negieren nicht nur diese neue Gestalt des kapitalistischen Grundwiderspruchs und die daraus resultierenden politischen Herausforderungen, sondern wir entwickeln tapfer politische Leitbilder, die alle aus der Zeit der maschinellen Großproduktion stammen, welche sich aber gerade aus dem Leben zumindest unserer Gesellschaft verabschiedet. Und weil wir auf eine gründliche Analyse der Realität verzichten, zielen auch mehrere unserer programmatischen Konsequenzen an den Notwendigkeiten vorbei.

Strategische Neuansätze

Es ist doch völlig logisch, dass eine solch neuartige Produktionsweise – siehe alles, was wir einstmals zu „Basis und Überbau“ gelernt haben – nicht ohne grundlegende Konsequenzen für alle anderen gesellschaftlichen Verhältnisse und also auch für linke Gesellschaftsstrategie bleiben kann. Und damit müssten zunächst alle bisherigen strategischen Positionen auf den Prüfstand und nicht unbefragt als angebliche Zukunftslösungen aufgestellt werden.

Dass sich z. B. gute Arbeit lohnen muss, stimmt natürlich, auch dass Arbeit für alle da sei. Aber Letzteres wird grundfalsch, wenn wir darunter vor allem die klassische Wert schöpfende Erwerbsarbeit verstehen. Der Bedarf nach qualifizierter Arbeit vor allem im soziokulturellen Bereich ist selbstverständlich ausreichend vorhanden, nur diese Arbeit erzeugt keine materielle und finanzielle Werte schöpfende Produkte.

Eine moderne linke Partei müsste sich doch angesichts dessen grundsätzlich fragen, ob bzw. wie lange es noch angemessen ist, die individuelle Existenzsicherung generell an die individuelle Teilnahme am materiellen Produktionsprozess zu koppeln, wenn dieser immer weniger auf den Menschen angewiesen ist. Und wie wir unter diesen Bedingungen soziale Gerechtigkeit sichern wollen.

Ein Weg ist natürlich, über die Umverteilung von Reichtum die erforderlichen finanziellen Mittel bereitzustellen, um die erforderliche und gesellschaftlich immer notwendige Arbeit leistungsgemäß zu finanzieren. Aber dafür reicht die Umverteilung des Reichtums „von oben nach unten“ nicht aus. Um den Einstieg in eine andere Finanzierung z. B. der soziokulturellen Arbeit vollziehen zu können, bedarf es auch des Ausstiegs aus so vielen bisherigen Alimentationen. Das ist unbe-

Eine moderne linke Partei müsste sich doch grundsätzlich fragen, ob bzw. wie lange es noch angemessen ist, die individuelle Existenzsicherung generell an die individuelle Teilnahme am materiellen Produktionsprozess zu koppeln, wenn dieser immer weniger auf den Menschen angewiesen ist. Und wie wir unter diesen Bedingungen soziale Gerechtigkeit sichern wollen.

quem, aber das muss bedacht und besprochen und darf nicht verschwiegen werden.

Eine weitere Möglichkeit wäre, angesichts der hohen Produktivität wichtige Bereiche des alltäglichen Lebens – z. B. Bildung und Gesundheit – aus der Ware-Geld-Beziehung herauszulösen und der Gesellschaft kostenlos zur Verfügung zu stellen. Das wäre ökonomisch möglich, aber der politische Wille dazu muss erstritten werden.

Ganz konsequent wäre, dazu überzugehen, ernsthaft über ein anderes gesellschaftliches Verteilungsmodell nachzudenken, das den Potenzen der automatisierten Großproduktion entspricht – nachzudenken also über ein Konzept des bedingungslosen und auskömmlichen Grundeinkommens.

Alleinstellen oder Alleinbleiben?

Natürlich sind die strategischen Konsequenzen weiter reichend: Mit den neuen Kommunikations- und Informationstechnologien muss z. B. das Verhältnis zwischen Gesellschaft, Staat und Verwaltung – wie die gesamte Art und Weise politischer Entscheidungsbildung – auf neue Grundlagen gestellt werden, weil sich die Gesellschaft von staatlicher und Verwaltungsvormundschaft emanzipieren kann. Auch der vollständige geistig-kulturelle und

sozialpolitische Überbau der Gesellschaft ist mit dem grundlegenden Wandel in der Produktivkraftentwicklung vor völlig neue Anforderungen gestellt.

Freilich kann man momentan nicht sicher sagen, was im Einzelnen kommen wird. Aber über eines herrscht völlige Sicherheit: Über diese Herausforderungen hinwegzusehen, ist der sicherste Weg, sich den strategischen Blick auf die kommenden Herausforderungen zu verbauen. Wäre es für ein politisches Programm in solchen Umbruchzeiten nicht allemal produktiver, die strategisch neuen Fragen begründet aufzuwerfen, als alte Antworten aufzuwärmen, ohne – wieder Marx – „Raum und Zeit“ in Rechnung zu stellen?

Im Januar 1999 listete die PDS auf der 1. Tagung ihres 6. Parteitag im Beschluss zur programmatischen Debatte die wichtigsten Veränderungen der gesellschaftlichen Realität auf und fragte, ob und wie wir strategisch darauf vorbereitet sind. Das gab damals der PDS eine Pionierrolle in der partei- und gesellschaftspolitischen Landschaft. Davon ist nichts mehr übrig geblieben, weil zur Befriedung der innerparteilichen Auseinandersetzungen mit den sich auf Marx berufenden scheinbar linken Tugendwächtern ein unproduktiver Formelkompromiss nach dem anderen gefunden werden musste. Und dabei hätte Marx alle zum Tempel hinausgejagt, die sich der Realität nicht stellen und Prinzipien zu Dogmen verkommen lassen. Wenn er es doch nur noch gekonnt hätte! Aber wahrscheinlich hätte er ein Parteiausschlussverfahren am Hals gehabt ...

Natürlich ist es richtig, wenn ein Parteiprogramm bemüht ist, die Alleinstellungsmerkmale der Partei hervorzuheben. Aber auch die Orientierung – siehe Zitzewitz – auf den Sandkasten ist eine Alleinstellung, wenn auch keine richtig linke. Allerdings ist sie die Garantie, dass man allein bleibt und beim Verfolgen der „reinen Lehre“ von niemandem gestört wird.

Der realistische Blick auf die Zukunft sollte schon mit einem Blick zurück beginnen, aber nicht in die siebziger Jahre wie der Programm-entwurf, sondern auf die Fragestellungen des Januars 1999. Und die dort aufgeworfenen Fragen unter dem Aspekt von Basisdemokratie und sozialer Gerechtigkeit – so weit es heute geht – perspektivisch zu beantworten, das wäre die andere Möglichkeit, das Spezifische unserer Partei hervorzuheben. Und das hätte den Vorzug, dass so etwas im kommenden Jahrzehnt dringend gebraucht wird und auch bündnisfähig wäre. Und es hätte ganz nebenbei auch wieder etwas mit Marx zu tun.



Buchtipps



Unbequeme Wahrheiten – Indien

Für die einen ist es das Märchenland mit alter Kultur und voller Kostbarkeiten. Für die anderen der Aufsteiger aus der „Dritten Welt“ unter die führenden Mächte in Wirtschaft und Technik. Doch davon haben nur wenige profitiert. Hunger und Armut sind für die meisten Inder immer noch bittere Realität, die Zahl der Armen und Unterernährten hat in den letzten 20 Jahren zugenommen. Dieses Urteil über die neoliberale Politik findet sich in dem von Utsa Patnaik herausgegebenen Sammelband.

Infolge der ökonomischen Reformpolitik und der Liberalisierung des Handels neh-

men Arbeitslosigkeit und Armut unter der ländlichen Bevölkerung zu. So wurden zwischen 1991 und 2001 acht Millionen Hektar Land auf die Produktion exportfähiger Kulturen umgestellt und Millionen Bauernexistenzen vernichtet.

Das ist Rekolonialisierung – gesteuert durch globale Finanzinstitutionen: Weltbank, IWF und WTO. Träger dieser Entwicklung sind die transnationalen Konzerne.

Utsa Patnaik ist Professorin an der Jawaharlal-Nehru-Universität in Neu-Delhi. Bei ihren ökonomischen Forschungen stützt sie sich auf Erkenntnisse von Marx und Lenin. Das Buch stellt an den Leser hohe Ansprüche, doch die Übersetzerin Annemarie Hafner hat eine flüssige, verständliche Sprache gefunden.

Inge Junginger

- Utsa Patnaik: „**Unbequeme Wahrheiten. Hunger und Armut in Indien**“, Draupadi-Verlag, Heidelberg 2009, 240 Seiten, 19,80 €, ISBN: 978-3-937603-37-7

Kultur im Bezirk

- **Freitag, 4.6., 14 – 20 Uhr**
„Ostseefest“ am Malchower See
- **Sonnabend, 5.6., 16 – 1 Uhr**
„Lange Nacht der Bilder“, 6 Touren zu über 50 Lichtenberger Einrichtungen: Ausstellungen, Künstlergespräche und Begleitprogramme, Eintritt frei
- **Sonntag, 6.6., 19 Uhr**
„mies – verstehen“, Führung im Miesvan-der-Rohe-Haus, Garten und Ausstellung; Oberseestraße 60, Eintritt 5 €, bis 16 Jahre frei
- **Donnerstag, 10.6., 19 Uhr**
Ausstellungseröffnung: Tatjana Kann, Zeichnungen und Pastelle; Galerie OstArt, Giselastraße 12
- **Freitag, 11.6., 19.30 Uhr**
Ausstellungseröffnung des 2. Teils des Projekts ARBEIT „... weitergearbeitet – Denk- und Bewegungsmuster der Hand“, Kati Gausmann, Angelika Frommherz, Juliane Laitzsch; studio im Hochhaus, Zingster Straße 25
- **Donnerstag, 17.6., 19 Uhr**
Das Zimmertheater Karlshorst zu Gast im Bürgerschloss: „Ein Erich Kästner Abend“, um Anmeldung wird gebeten, Kostenbeitrag: 7,50/5 €
- **Donnerstag, 17.6., 19 Uhr**
Konzert: „WorldMusic“, mit Suzanna y El Aleman (Gesang und Gitarre); Galerie 100, Konrad-Wolf-Straße 99, Eintritt: 4/3 €
- **Dienstag, 22.6., 11 Uhr**
„Das Wasser und die Schlange“, ein afrikanisches Märchen, gespielt und erzählt mit Handpuppen; studio im Hochhaus, Zingster Straße 25
- **Mittwoch, 23.6., 15 Uhr**
Ausstellung: „Die Götter des Olymp im Garten der KULTschule“, Hajo Erbsmehl stellt seine Holzskulpturen vor; KULTschule, Sewanstraße 43
- **Donnerstag, 24.6., 19 Uhr**
Jiddische Lieder und Geschichten, mit Olaf Ruhl (Gesang, Akkordeon und Gitarre); studio Bildende Kunst, John-Sieg-Straße 13, Eintritt: 3/2 €
- **Dienstag, 29.6., 19 Uhr**
„100 Bilder – 100 Künstler“, letzte Vernissage (bis 28.9.) im Kulturhaus Karlshorst; Treskowallee 112
- **Mittwoch, 30.6., 14.30 – 19 Uhr**
Sommerfest im UNDINE-Garten mit buntem Bühnenprogramm, veranstaltet vom Sozialwerk des DFB e. V.; Hagenstraße 57

Aus dem Programm:

- **11. Juni, Eröffnung: 14 Uhr**
→ 15 Uhr: Eddie-Rosner-Jazzfestival
→ 19 Uhr: Show mit Ludmila Rumina, Brüder Ivanov, Münchener Freiheit
→ 22.30 Uhr Großes Höhenfeuerwerk
- **12. Juni**
→ 12 Uhr: Start des Renntages
→ 15 Uhr: Boxturnier, Simultanschach, Eddie-Rosner-Jazzfestival
→ 19 Uhr: Russische Rocknacht
→ 22 Uhr: Filmvorführung
→ 22.30 Uhr: Disco Russkij Variant
- **13. Juni**
→ 13 Uhr: Jugendfestival „Neuer Wind“
→ 15 Uhr: Eddie-Rosner-Jazzfestival
→ 19 Uhr: Abschlusskonzert Gorod 312
→ Danach: Fußball-WM, Liveübertragung

info links

Herausgeber

DIE LINKE – Landesvorstand Berlin, Redaktionskollektiv, V.i.S.d.P. Manfred Niklas

Adresse der Redaktion

Geschäftsstelle der Partei DIE LINKE, Alfred-Kowalke-Straße 14, 10315 Berlin

Telefon: 030/512 20 47

Fax: 030/51 65 92 42

E-Mail: lichtenberg@die-linke-berlin.de

Web: www.die-linke-lichtenberg.de

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Manuskripte sinnwährend zu kürzen. Namentlich unterzeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Fall der Meinung der Redaktion. Keine Haftung oder Abdruckgarantie für unverlangt eingesandte Beiträge.

Redaktionsschluss für Ausgabe 5/10: 31.5.2010

Die nächste Ausgabe erscheint am 1.7.2010

Abgabeschluss für Texte und Fotos: 21.6.2010

Druck: Druckerei Bunter Hund

Gestaltung: Jörg Rückmann

Diese Zeitung wird durch Spenden finanziert.